



Bern, 30. September 2024

## **Redebeitrag von David Roth zur Änderung des Krankenversicherungsgesetzes (EFAS)**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist wie beim Kauf eines Occasionsautos: Wenn der Händler allzu euphorisch ist, sollten Sie vorsichtig sein. Bei der vorliegenden Reform des Krankenversicherungsgesetzes, der EFAS, ist genau das der Fall. Auf den ersten Blick wirkt sie vielversprechend, doch ein genauere Blick offenbart erhebliche Risiken und Unklarheiten, insbesondere bei der Integration der Langzeitpflege (LZP). Euphorisch mit dabei sind einzig die Kassen und die Kantone. Denn für sie ist diese Vorlage das grosse Geschäft.

### **Krankenkassenprämien steigen**

Wir Versicherten sollten hier hellhörig werden. Denn die überladene EFAS-Reform ist mit der Integration der Langzeitpflege ein gefährliches Experiment mit unklaren Kostenfolgen. Diese Integration kam hauptsächlich auf Druck der Kantone zustande, die sich in diesem Bereich langfristig von den steigenden Kosten entlasten wollten. Sie sahen die Integration als einen lukrativen Gegendeal für ihre neue Beteiligung an den ambulanten Kosten. Und man muss wahrlich kein Gesundheitsexperte sein, um zu wissen, dass die Langzeitpflege mit unserer alternden Gesellschaft weiter rasch wachsen wird und das wird voll auf die Krankenkassenprämien durchschlagen.

### **Kantone ziehen sich aus der Verantwortung**

Ein Blick auf die Zahlen zeigt, dass die Kantone heute einen grösseren Anteil an den Kosten der Langzeitpflege tragen, als es durch EFAS vorgesehen ist. Die Kantone bezahlen bis zu 55 Prozent der Restkosten. Einzig der Kanton Tessin bezahlt mit 26 Prozent 0.9 weniger als in der neuen EFAS-Vorlage vorgesehen ist. Durchschnittlich bezahlen die Kantone 43 Prozent. Und das ist, was bei den kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren die Herzen höher schlagen lässt.

Alle anderen sollte das aber schaudern. Denn auf uns werden hohe Kosten in Form von Prämien zu kommen. Dabei stehen die Kantone viele finanziell gut da – es gibt keine



Notwendigkeit, Geld auf Kosten der älteren Bevölkerung einzusparen. Weil, man muss auch ganz klar betonen, was eine Verlagerung zu den Prämien bedeutet: Kopfsteuer statt Steuer nach wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit. Die kaufkraftfressende Prämienspirale würde noch mehr Fahrt aufnehmen, als sie ohnehin schon hat.

### **Deckelung für Patient:innen fällt weg**

Das Ziel, der EFAS-Übung war auch einmal gewesen die Pflege zu Hause zu fördern. Das wäre wichtig. Aber auch hier schießt EFAS am Ziel vorbei. Denn der Maximalbetrag den Personen an ihre eigene Pflege leisten, ist nur für eine Übergangsfrist garantiert. Für die Pflege im Heim ist die maximale Kostenbeteiligung heute pro Tag 23 Franken für die Patient:innen und 115 Franken für die obligatorische Krankenkasse und für die Pflege zuhause 16 Franken für die Patient:innen und 77 Franken für die obligatorische Krankenkasse. Der Rest muss über die sogenannte Restkostenfinanzierung bezahlt werden. Wenn die Kantone Anreize für die Pflege zu Hause setzen wollen, dann steht Ihnen frei, die Beiträge der Patient:innen tiefer anzusetzen. Leider machen viele, insbesondere Deutschschweizer Kantone, davon keinen Gebrauch.

Die meisten Deutschschweizer Kantone verlangen die vollen 16 Franken und verzichten damit auf echte Anreize für die Pflege zu Hause. Diese Deckelung hat aber wenigstens einen prämienhemmenden Effekt. Mit EFAS hat selbst diese Deckelung ein Ablaufdatum. Nach einer Übergangsfrist von vier Jahren kann der Bundesrat die Beiträge laufend erhöhen, sowohl bei der Pflege zu Hause, wie im Pflegeheim. Das birgt erheblichen sozialpolitischen Sprengstoff. Wir haben erst kürzlich erlebt, wie der Bundesrat eine Motion der SVP angenommen hat, die eine Erhöhung der Mindestfranchise vorsieht. Die Pflegebedürftigen haben keine Sicherheit. Und die aktuelle Spardebatte zeigt, dass wer keine Sicherheiten hat, rasch zum finanzpolitischen Spielball werden kann.

### **Sozialpolitische Ziele gehen verloren**

Im Jahr 2011 trat die Neuordnung der Pflegefinanzierung (NPF) in Kraft. Die Ziele waren klar: Einerseits sollte eine zusätzliche finanzielle Belastung der Krankenpflegeversicherung (OKP) vermieden werden, andererseits sollte die Situation pflegebedürftiger Personen verbessert werden. Heute gehen diese sozialpolitischen Ziele jedoch verloren.



Was bedeutet das alles zusammengefasst? Mit der EFAS-Reform droht die Belastung der Krankenversicherung durch den demografischen Wandel auf die Bevölkerung zurückübertragen zu werden. Nach der Übergangsfrist öffnen wir damit die Türen für laufende Erhöhungen der Kostenbeteiligung.

Die SP ist nicht bereit, sich auf ein solches sozialpolitisches Experiment auf Kosten der Bevölkerung einzulassen. Die Vorlage ist überladen, die Integration der Langzeitpflege bringt mehr Risiken als Nutzen mit sich. Für uns ist deshalb klar: Diese Karre kaufen wir nicht.

Vielen Dank.

*Es gilt das gesprochene Wort.*